

+49 711 860591-418

PeterH@peta.de

Wahlprüfsteinfragen zur Landtagswahl Rheinland-Pfalz am 22. März 2026

Antworten der

PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ, Tierschutzpartei, Landesverband Rheinland-Pfalz

1. Kontrollen in Agrarbetrieben

Eine Antwort der Bundesregierung (BT-DS 19/3195) ergab 2018, dass tierhaltende rheinland-pfälzische Agrarbetriebe im Durchschnitt nur alle 15,5 Jahre durch Amtstierärzte kontrolliert werden.

Befürwortet Ihre Partei mindestens jährliche Kontrollen von tierhaltenden Agrarbetrieben durch Amtsveterinäre sowie eine entsprechende Personalaufstockung?

Tierschutzpartei: **Selbstverständlich!**

Diese Kontrollen müssen jedoch in Zukunft unangemeldet erfolgen und die Amtsveterinäre sollten nicht nur in der (Verbands-)Gemeinde, die sie beschäftigt, sondern variierend landesweit Kontrollen durchführen, um besser Distanz zu den Kontrollierten wahren zu können. Durch Schulungen muss sichergestellt werden, dass sich alle Amtsveterinäre als Schützer von Tieren verstehen, da der Staat nur ihnen diese Funktion offiziell zugebilligt hat. Wie PETA und uns bewusst, müssen außerdem zahlreiche Gesetze zur "Nutz-"Tierhaltung geändert werden, damit die Amtsveterinäre keine bisher legalen Tierquälereien mehr tolerieren müssen.

2. Tierversuch in der Lehre

Trotz erprobter Alternativen werden für die Lehre an Universitäten, v.a. für studentische Sezierkurse, viele tausend Tiere „verbraucht“.

Werden Sie sich dafür einsetzen, den Tierversuch für die Lehre in rheinland-pfälzischen Bildungseinrichtungen zu beenden und durch moderne Methoden zu ersetzen?

Tierschutzpartei: **Selbstverständlich!** Tierversuche sind ethisch nicht zu vertreten, sie dienen ausschließlich der Profilierung jener, die sie ausüben, vernichten Fördermittel und damit Steuergelder und ihre Ergebnisse - selbst wenn sie für die menschliche Gesundheit relevant

wären, was sie nicht sind - wären sie unrechtmäßig erlangt - im juristischen Sinne damit nicht beweiskräftig. Kein Tier gibt seine Einwilligung, vom Menschen benutzt und umgebracht zu werden, weder für die Forschung noch die Ausbildung! Diese schändliche Barbarei muss endlich ein Ende haben!

3. Jagd auf Füchse

In Rheinland-Pfalz töten Jäger jedes Jahr rund 25.000 Füchse. Luxemburg führte 2015 ein Verbot der Fuchsjagd ein, welches durchweg positiv bewertet wurde.

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Legislaturperiode dafür einsetzen, dass Füchse in Rheinland-Pfalz nicht mehr flächendeckend bzw. massenhaft getötet werden dürfen?

Tierschutzpartei: Selbstverständlich! Wir setzen uns seit Jahren für die Abschaffung der Hobbyjagd ein und dabei ganz besonders gegen jede Jagd auf Prädatoren, vor allem Füchse: Ihre Ermordung erfolgt aus niedrigsten Beweggründen, der Mordlust, wird begründet mit Lügen, und Baujagd und Fallenjagd und die Ausbildung von Hunden an in Schliefenanlagen gefangen gehaltenen Füchsen sind an Barbarei und Tierschutzwidrigkeit kaum zu überbieten! Wir beobachten auch mit Entsetzen, mit welchen Tricks und Lügen die Bundesregierung, Jägerschaft und Bauern hörig, alles daran setzt, die Jagd auf Wölfe zu legalisieren und die Tiere wieder an den Rand einer erneuten Ausrottung zu bringen.

4. Ausbildung von Jagdhunden

Die Ausbildung von „Jagdhunden“ an lebenden Füchsen in sogenannten Schliefenanlagen ist mit erheblichem Leid und Stress für die Tiere verbunden.

Wird sich Ihre Partei für ein Verbot der Ausbildung von Hunden an lebenden Füchsen einsetzen?

Tierschutzpartei: Selbstverständlich - siehe oben!

5. Heimtierhaltung

Niedersachsen hat 2013 den „Hundeführerschein“ als verpflichtenden Sachkundenachweis für angehende Hundehalter eingeführt. Auch Bremen hat die Einführung für Mitte 2026 beschlossen.

Wird sich Ihre Partei für die Einführung eines verpflichtenden Sachkundenachweises für angehende Hundehalter einsetzen?

Tierschutzpartei: Selbstverständlich - aber verpflichtende Sachkundenachweise sollte es für alle Tierarten und "Halter" geben!

6. „Exotische“ Gefahrtiere

Zahlreiche Bundesländer wie Hessen und Berlin haben durch ein Gefahrtiergesetz die Privathaltung von gefährlichen exotischen Tieren verboten. In Rheinland-Pfalz dürfen weiterhin Tierarten wie Tiger oder Giftschlangen gehalten werden.

Wird sich Ihre Partei für die Einführung eines Gefahrtiergesetzes einsetzen, mit welchem die Anschaffung gefährlicher „exotischer“ Tiere verboten wird?

Tierschutzpartei: Selbstverständlich - aber weniger zur Gefahrenabwehr für Menschen, sondern weil eine artgerechte Haltung dieser Tiere, ob in Käfigen, Terrarien oder privaten Gärten nicht möglich ist.

7. Katzenschutzverordnung

Niedersachsen hat 2023 ein landesweites Katzenkastrationgebot für Freigänger-Katzen beschlossen, um die Population von Streunerkatzen einzudämmen. In Rheinland-Pfalz wurden zwar die Kommunen dazu ermächtigt, jedoch setzten dies nur 49 von ihnen um.

Wird sich Ihre Partei für die Einführung eines landesweiten Kastrationsgebots für Freigänger-Katzen einsetzen?

Tierschutzpartei: Selbstverständlich - das rheinland-pfälzische Flickwerk ist inakzeptabel und dient nur der Beschwichtigung gleichgültiger Politiker, nicht jedoch den Katzen. Nur eine landes- besser bundesweite Vorschrift erfüllt ihren Zweck.

8. Wettfischen

Wettfischen wird inzwischen von vielen Staatsanwaltschaften als strafbar angesehen – auch dann, wenn die Fische anschließend gegessen werden.

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass ein Verbot jeglicher Wettfischveranstaltungen wie ´Königsfischen´, ´Pokalangeln´ oder Hegefischen mit Fangplatzierungen im Landesfischereigesetz festgeschrieben wird?

Tierschutzpartei: Selbstverständlich - genauso wie "Fuchswochen" ein strafbares Verbrechen darstellen sollten - "Verabredung zum Mord".

Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ, Tierschutzpartei, wird sich bei jeder Gelegenheit und zu jeder Zeit für Tiere und deren Recht zu leben, ohne durch Menschen zu leiden, einsetzen. Versprochen!

25.01.2026/BS